

Einbringung des Entwurfs des Kreishaushalts 2015

Landrat Dr. Olaf Gericke

Sitzung des Kreistages am 24. Oktober 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor den Sommerferien sind wir zur konstituierenden Sitzung schon einmal hier im Sparkassenforum zusammen gekommen. Ich freue mich sehr, dass dort die grundlegenden organisatorischen Fragen zwischen den Fraktionen einvernehmlich geregelt werden konnten.

Eine zweite Sitzung des Kreistages auf unserem Kulturgut Haus Notbeck war am 22. August notwendig, um das Ergebnis der Kreistags- und Landratswahlen amtlich festzustellen. Wir haben zudem dort die Gelegenheit gern genutzt, um Sie über die vielfältigen Aufgaben der Kreisverwaltung zu informieren. Ich fand, dass dies insgesamt ein guter, gelungener Start in die neue Wahlperiode war!

Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten sechs Jahren trotz hier und da unterschiedlicher politischer Vorstellungen sachlich und fair miteinander um den richtigen Weg für unseren Kreis ringen. Ich möchte heute noch einmal meine Bereitschaft erklären, mit allen Fraktionen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Heute beginnt nun mit der Einbringung des Haushalts die eigentliche Sacharbeit. Der Beschluss der Haushaltssatzung ist jedes Jahr die wichtigste Aufgabe des Kreistages.

Im Eckdatenpapier vom 5. September habe ich ihnen unsere Befürchtung zum Haushalt 2015 bereits mitgeteilt:

- dass nämlich im kommenden Jahr die Sozial- und Personalaufwendungen deutlich steigen werden
- dass wir keine nennenswerten Abfederungsmöglichkeiten mehr haben
- und dass deshalb diese Mehraufwendungen leider über eine höhere Kreisumlage mitfinanziert werden müssen

Unsere Bürgermeister haben sich über die Medien in einer ersten Reaktion überrascht und schockiert gezeigt.

Das allerdings kann ich nicht ganz nachvollziehen! Denn wir haben die Kämmerer unserer Kommunen bereits am 5. Juni über die gravierenden Steigerungen bei den Sozialaufwendungen und den Mehraufwand für die LWL-Umlage informiert. Und auch darüber, dass unsere Ausgleichsrücklage Ende 2014 aufgezehrt und unser Defizit 2014 wohl um rund 1,9 Mio. € schlechter ausfallen wird.

Seit ein paar Tagen liegt nun auch die schriftliche Stellungnahme der Bürgermeister zum Eckdatendatenpapier vor.

Die angekündigte Kreisumlageerhöhung beschreiben die Bürgermeister dort als massiven Eingriff in die Finanzhoheit der Gemeinden. Sie vermissen zudem im Eckdatenpapier Begriffe wie Einsparungen, Effizienzsteigerung, Konsolidierungen oder Aufgabenkritik. Und Sie fordern den Kreis auf, in allen Bereichen zu prüfen, ob und in welcher Weise er seinen Finanzbedarf reduzieren kann. Abschließend bitten sie darum, sämtliche Verbesserungen im Kreishaushalt weiterzugeben und die vorgesehene Anhebung der Kreisumlage um mindestens 0,5 Prozentpunkte zu reduzieren.

Natürlich sind mir die Sorgen der Bürgermeister bekannt – schließlich gehörte ich selbst einmal zu Ihrer Zunft. Deshalb kann ich mich auch gut in ihre schwierige Situation hineinversetzen.

Wir werden selbstverständlich zu allen Punkten, die die Bürgermeister in ihrem zwölfseitigen Schreiben vorgebracht haben, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bzw. des Beteiligungsverfahrens Stellung beziehen.

Auf einige Punkte möchte ich aber schon jetzt eingehen.

Thema Sparen

Dass dies Thema im Eckdatenpapier nicht expliziert erwähnt wird, hat damit zu tun, dass hier – wie der Name bereits sagt – nur Eckdaten bekannt gegeben werden und nicht über Maßnahmen informiert wird, die wir aus Kostengründen nicht durchführen.

Gerade das Thema Sparen haben wir immer großgeschrieben!

Ich erinnere an das Sparpaket, das wir 2011 geschnürt haben. Allein in den Jahren 2011 und 2012 lag das Einsparvolumen bei über drei Millionen Euro – damals haben wir in dem Zusammenhang auch zehn Stellen abgebaut. Von einigen dieser Sparmaßnahmen profitieren wir also auch heute noch.

Auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu achten, sind für uns im Kreishaus keine Lippenbekenntnisse. Das gilt ganz besonders bei der Aufstellung des Haushalts. Dort werden regelmäßig alle Positionen auf den Prüfstand gestellt, kritisch hinterfragt und beleuchtet. Und längst nicht alle Wünsche und Anmeldungen der Ämter finden sich im Entwurf des Haushaltsplans wieder.

Gerade im Bereich Bauunterhaltung werden Maßnahmen immer wieder geschoben und letztlich oft in mehreren Abschnitten durchgeführt. In 2015 haben wir beispielsweise endlich die Erneuerung der Duschen am Berufskolleg Beckum, Innenanstriche in unseren Ret-

tungswachen in Ennigerloh und Sendenhorst sowie einen neuen Teppichboden an unserer Astrid Lindgren-Schule im Programm. Darauf warten die Betroffenen bereits seit mehreren Jahren! Ich werde an anderer Stelle noch darauf eingehen, wo wir bereits im Vorfeld die Daumenschrauben angesetzt haben.

Rücksichtnahme auf die Gemeinden

Auf Bitte der Bürgermeister haben wir unsere Ausgleichsrücklage in den letzten drei Jahren nach und nach aufgezehrt, um dadurch die Kreisumlage niedrig zu halten. So sind insgesamt über elf Mio. Euro eingesetzt worden, um die Kommunen zu entlasten. Das Geld steht uns heute leider nicht mehr zur Verfügung!

Dieses Handeln wurde in den letzten Jahren auch von den Bürgermeistern ausdrücklich gewünscht und auch honoriert – das zeigen die Schlagzeilen der letzten Jahre. Da war noch von einem fairen Kreishaushalt die Rede.

Und jedem Bürgermeister war natürlich klar: Wenn der Kreis sich so gemeindefreundlich verhält und in nur drei Jahren seine Ausgleichsrücklage aufzehrt, ist eine Erhöhung der Kreisumlage absehbar.

Auf andere von den Bürgermeistern angesprochene Themen wie z.B. Kostensenkungen beim Jugendamt und bei den Personalkosten oder auch die angeregte Mittelumverteilung vom Kapitalstock hin zu mehr Schuldenabbau werde ich gleich noch detaillierter eingehen.

Im kommenden Jahr rechnen wir mit Gesamtaufwendungen von insgesamt 353 Millionen Euro. Davon entfallen 254 Millionen Euro – das sind über 70 Prozent aller Ausgaben des Kreises – auf die folgenden drei Bereiche:

- **Landschaftsumlage: - 60 Mio. Euro**

- **Sozialaufwendungen: - 134 Mio. Euro**
- **Personal- und Versorgungsaufwendungen: - 60 Mio. Euro**

Alle anderen Aufwendungen z.B. für die Jugendhilfe, für unser Gesundheitswesen, für Sicherheit, für Schule und Kultur oder auch für die Unterhaltung unserer Straßen machen insgesamt nicht mal 30 % unseres Etats aus.

Deshalb möchte ich diese drei Schwerpunktbereiche Landschaftsumlage, Sozialaufwendungen und Personalkosten näher beleuchten – denn sie sind entscheidend für das Schicksal des Haushalts.

1. Landschaftsumlage

Das Gesamtvolumen des LWL Haushaltes 2014 liegt bei rund 3 Milliarden Euro – und der Großteil dieses Geldes – sie sehen es - wird über die Landschaftsumlage von den Kreisen und Kreisfreien Städten aufgebracht.

Der Kreis Warendorf überweist in diesem Jahr rund 56 Millionen Euro an das Landeshaus – im kommenden Jahr müssen es nach den Berechnungen des LWL rund 3,4 Mio. Euro mehr sein.

Der Grund sind insbesondere stark gestiegene Kosten bei der Eingliederungshilfe. Mit diesem Geld werden z.B. die Werkstätten und Wohnheime oder auch Förderschulen für Behinderte finanziert. Rund zwei Milliarden Euro – zwei Drittel eines Etats – wendet der LWL dafür auf.

Davon flossen im vergangenen Jahr auch rund 75 Millionen Euro in den Kreis Warendorf. Beispielsweise in Einrichtungen der Freckenhorster Werkstätten oder in die Wohnheime St. Vinzenz, St. Joseph und St. Marien in Ahlen, Beckum und Ennigerloh. Das Geld kommt also bei unseren Behinderten an! Und um das ganz deutlich zu sagen: Das ist auch gut so!

Die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in ganz Deutschland und auch in NRW sind in den letzten gut 30 Jahren explodiert sind – von 1,6 Milliarden Euro im Jahr 1981 auf voraussichtlich 17,7 Milliarden Euro im Jahr 2016. In NRW steigen die Aufwendungen auf 4,4 Milliarden Euro!

Fakt ist: Die Zahl der Menschen mit Behinderungen nimmt immer weiter zu – insbesondere auch die der älteren Behinderten, die über 60 Jahre alt werden. Bis 2030 wird sich diese Zahl vervierfachen – so die Prognose.

Meine Damen und Herren,

anhand dieser Zahlen wollte ich Ihnen einmal die Dimension vor Augen führen, um die es hier geht.

In den Medien wird fast täglich über die Pkw-Maut berichtet – es ist das große innenpolitische Thema! Nach einem Spiegel-Bericht wird die Maut – wenn sie denn kommt – aber unter dem Strich nur rund 700 Millionen Euro mehr in die Staatskassen bringen. Was Minister Dobrindt hier zukünftig mal einnehmen wird, würde künftig gerade mal ausreichen, um die jährlichen Steigerungen der Behindertenhilfe in Deutschland zu decken.

Daran wird deutlich: Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine Beteiligung des Bundes an diesen Kosten ist zwingend erforderlich. Die kommunale Familie darf hier nicht allein gelassen werden!

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist zugesichert worden, die Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe um fünf Milliarden Euro jährlich zu entlasten. Das will man auch tun – aber erst im Rahmen eines neuen Bundesleistungsgesetzes ab dem Jahr 2018.

Zwar begrüßen wir den jüngsten Schäuble-Scholz-Vorschlag. Danach soll die Entlastung nicht über die Eingliederungshilfe, sondern unter anderem über die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II erfolgen. Denn dies bedeutet nach ersten Einschätzungen für NRW eine deutlich höhere Entlastung. Allerdings soll auch dieses Modell erst ab 2018 starten.

Wie auch immer – die Entlastung kommt zu spät! Denn das Wasser steht der kommunalen Familie – und damit meine ich Städte, Gemeinden, Kreise und auch die Landschaftsverbände – schon jetzt bis zum Hals. Der schwach aufgeblasene Rettungsring in Form der „Übergangsmilliarde“ reicht für uns nicht aus. Wir brauchen für die Eingliederungshilfe festen Boden unter den Füßen!

2. Sozialkosten

Rund 134 Millionen Euro werden wir im kommenden Jahr aus dem Kreisetat für die vielfältigen sozialen Aufgaben aufwenden.

Wohlgemerkt: dies sind nur die reinen Transferleistungen für die Hilfeempfänger. Die im Kreishaus anfallenden Personalkosten sind in dieser Summe nicht enthalten.

Mit rund 96 Millionen Euro stellen die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende den Löwenanteil dar. Unser Jobcenter hat im laufenden Jahr im Schnitt immer über 8000 Bedarfsgemeinschaften betreut.

Unsere Prognose, dass die Zahl im Jahresschnitt auf 7900 Bedarfsgemeinschaften sinken würde, hat sich leider als zu optimistisch erwiesen. Im Sinne der Gemeinden sind wir bei der Kalkulation bewusst Risiken eingegangen. Aber die abflauende Konjunktur bei unserer exportorientierten Wirtschaft und Freisetzungen von Arbeitskräften bei verschiedenen Firmen im Kreis schlugen bis zum Jobcen-

ter durch. 2015 rechnen wir im Jahresdurchschnitt mit 8140 Bedarfsgemeinschaften und setzen dabei auf eine leicht steigende Arbeitskräftenachfrage.

Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften und die angekündigte Erhöhung der SGB-II-Regelsätze führen zu höheren Kosten bei der Unterkunft und Heizung aber auch zum Beispiel bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen. **Im kommenden Jahr rechnen wir im Jobcenter insgesamt mit ungedeckten Mehrkosten von rund 2,1 Millionen Euro.** Und das, obwohl wir im Jobcenter gute Vermittlungszahlen vermelden können – die Integrationen konnten im Vergleich zum Vorjahr um 12,3 % gesteigert werden. Doch der erhöhte Zugang konnte dadurch leider nicht kompensiert werden.

Wir haben die kommunale Verantwortung für die langzeitarbeitslosen Menschen aber auch übernommen, um neue Strukturen und um nachhaltige Strategien zu entwickeln. Aus unserer Sicht ist es besser, Menschen zu qualifizieren und ihnen zur Seite zu stehen, als sie nur kurzfristig zu vermitteln und sie nach wenigen Monaten bereits wieder vor dem Schreibtisch zu haben. Vermittelte Personen in Beschäftigung zu halten – darum geht es uns ganz besonders!

Erste Erfolge sind sichtbar: Als wir 2012 die Verantwortung für das Jobcenter übernommen haben, waren über 67 % unserer Kunden länger als zwei Jahre im Leistungsbezug. Diese Quote haben wir auf 60,9 Prozent senken können. Und im nächsten Jahr wollen wir sie auf 59 Prozent reduzieren. Auf Landes- und Bundesebene liegt die Quote übrigens immer noch bei über 67 Prozent.

Es ist erwiesen, dass Menschen, die länger im Leistungsbezug sind, schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und entsprechend auch mehr kosten – aber es lohnt sich. Man muss allerdings einen langen Atem haben.

Im kommenden Jahr werden wir unsere Anstrengungen beim Übergang von der Schule in den Beruf insbesondere bei Schülern, die Probleme haben, intensivieren.

Und wir wollen allen, die das Potenzial haben, über Ausbildung, Umschulung und Qualifizierung näher an den Arbeitsmarkt bringen. Zudem wollen wir die Jobbörse auf Münsterlandebene an den Start bringen.

Kostensteigerungen haben wir aber auch in den anderen Sozialbereichen. Dort spüren wir immer deutlicher die Auswirkungen des demografischen Wandels.

So verzeichnen wir höhere Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Bei der Grundsicherung rechnen wir mit Aufwendungen von rund **14 Millionen Euro – rund 1,14 Millionen Euro mehr** als in diesem Jahr. Erfreulicherweise erstattet der Bund seit diesem Jahr die Transferleistungen in voller Höhe.

Auch im gesamten Pflegebereich steigen die Fallzahlen. Zudem tragen auch Lohnkostensteigerungen bei den freien Trägern zum Kostenanstieg bei. Wir rechnen mit einem Anstieg von rund einer Million Euro. Rund 40 Prozent fließen in das Pflegewohngeld – bereits im laufenden Jahr werden wir den Ansatz um 200.000 Euro überschreiten. 2015 rechnen wir mit 6,5 Millionen Euro. Insgesamt sieht der Haushaltsentwurf Pflegeaufwendungen in Höhe von 16,5 Millionen Euro vor.

3. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Kommen wir zu den Personalkosten. Sie werden im kommenden Jahr insbesondere wegen der unerwartet hohen Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten, wegen höherer Sozialversiche-

rungsbeiträge und durch die höheren Beamtenbesoldungen auf rund 60 Millionen Euro steigen.

Auf diese Tarif- und Besoldungserhöhungen hat der Kreis keine Einflussmöglichkeiten – was wir aber können, ist den Stellenplan mitzugestalten. Kreistag und Verwaltung haben dies seit Jahren mit großem Verantwortungsbewusstsein getan. Einerseits muss natürlich genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen, um die übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Andererseits muss ebenso selbstverständlich alles getan werden, um die stetig steigenden Kosten im Griff zu behalten.

Zum Beispiel durch organisatorische Maßnahmen. Seit September 2012 arbeiten wir mit dem neuen Prozessmanagement-System „Picture“. Im Finanzausschuss ist es vorgestellt worden. Erste positive Erfahrungen zeigen, dass wir mit diesem Prozessmanagementsystem gute Erfolge erzielen. Zum Beispiel bei der Abrechnung der zahlreichen Krankentransporte. Dort konnten wir die Abläufe optimieren und deutlich schneller bearbeiten.

Was wir im organisatorischen Bereich tun können, das tun wir!

Ein großes Problem stellen aber immer neue Aufgaben und höhere Standards dar, die uns Bund und Land aufbürden.

Ich möchte das am Beispiel unseres Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes einmal deutlich machen. In den vergangenen 20 Jahren gab es dort keine einzige zusätzliche Stelle. Im Gegenteil – unter dem Strich wurde sogar eine Stelle abgebaut. Und das, obwohl viele neue Gesetze und neue, höhere Standards produziert und umgesetzt werden mussten. Zum Beispiel in der Lebensmittelüberwachung – dort wurden immer wieder neue Qualitätssicherungssysteme und höhere Überwachungsstandards eingeführt.

Zudem gibt es höhere Tierschutzstandards in der Nutztierhaltung, die kontrolliert werden müssen. Das Thema Antibiotikaeinsatz ist ganz aktuell – Erlasse im Zusammenhang mit der Hähnchenmast- und Putenmaststudie oder auch die neue Antibiotikadatenbank brachten und bringen uns immer neue und zusätzliche Aufgaben.

Trotzdem haben wir es im Veterinäramt und auch in vielen anderen Bereichen der Verwaltung weitgehend geschafft, durch organisatorische Maßnahmen oder auch durch Priorisierung der Aufgaben vielfach ohne zusätzliches Personal auszukommen. Aber in vielen Bereichen ist das Ende der Fahnenstange erreicht!

Im Stellenplan 2015 sind insgesamt 886,5 Planstellen ausgewiesen. Gegenüber 2014 sind das 13,5 Stellen mehr.

Allein zwölf dieser zusätzlichen Stellen sind im Rettungsdienst erforderlich, um die Vorgaben des vom Kreistag einstimmig beschlossenen Rettungsdienstbedarfsplans umzusetzen. Zudem sind diese zwölf Stellen alle vollständig refinanziert – das heißt, die Mehraufwendungen im Personaletat werden durch Mehreinnahmen bei den Rettungsdienstgebühren ausgeglichen.

In der Buchhaltung des Jobcenters brauchen wir 1,5 neue Stellen – die hohen Fallzahlen und der hohe Vollstreckungsaufwand bei den offenen Forderungen des Jobcenters machen das erforderlich. Die dafür entstehenden Personalkosten werden ebenfalls weitestgehend refinanziert – und zwar vom Bund.

Unter dem Strich entstehen im kommenden Jahr also durch diese 13,5 zusätzlichen Stellen keine zusätzlichen Kosten!

Daneben wollen wir insgesamt neun Stellen neu schaffen, die aber durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden. Hier erfolgt also lediglich eine Verschiebung von Stellen innerhalb des Stellenplans.

Unter anderem wollen wir die Betreuungsstelle verstärken. Wir brauchen zwei neue Fachinformatiker um die zahlreichen Softwareanwendungen in Berufskollegs und Förderschulen sicherzustellen. Das Bauamt soll um eine Stelle in der Bauaufsicht dazu bekommen, damit Baugenehmigungen schneller erteilt werden können. In der Polizeiverwaltung wollen wir eine weitere halbe Stelle einrichten, um die umfangreichen neuen Aufgaben im Sachgebiet Waffenwesen wahrnehmen zu können.

Neu organisieren und personell verstärken wollen wir auch den Bereich der Ambulanten Hilfe zur Pflege sowie die Heimaufsicht und die Pflege- und Wohnberatung.

Diesen neuen Stellen stehen Einsparungen an anderer Stelle gegenüber – alle Dezernate sind betroffen.

Ich versichere Ihnen und auch unseren Bürgermeistern: Jede neu geforderte Stelle kommt zunächst auf den Prüfstand – ob sie wirklich zwingend erforderlich ist – und wo an anderer Stelle personelle Ressourcen frei gesetzt werden können.

Es ist uns diesmal ganz besonders schwer gefallen, ihnen einen Stellenplan zu präsentieren, der ohne zusätzliche, nicht refinanzierte Stellen auskommt. So haben wir vier zusätzliche, eigentlich auch erforderliche Stellen, mit Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage 2015 nicht in den Stellenplan aufgenommen!

Aus alledem wird deutlich: Gerade beim Personaleinsatz schauen wir ganz genau hin – und die Personaldecke beim Kreis ist ehr zu knapp als zu groß bemessen. Das hat uns im Übrigen auch die Gemeindeprüfungsanstalt im letzten Prüfbericht bescheinigt!

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Schreiben unseres Personalrates verweisen – die Medien haben bereits darüber berichtet. Der Personalrat appelliert dort mit guten Argumenten an Sie, sich keine Personaldebatte von den Bürgermeistern aufzwingen zu lassen.

Fortsetzen und weiter ausbauen wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit. Unsere Servicestelle Personal ist dafür ein Erfolgsmodell – auch um zu sparen! Mittlerweile haben sechs Kommunen – nämlich Ostbevern, Sendenhorst, Everswinkel, Beelen, Drensteinfurt und seit diesem Jahr auch Telgte – ihre Personalverwaltungsaufgaben auf den Kreis übertragen.

Auch im kommenden Jahr werden wir weiter ausbilden! In diesem Jahr haben wir 17 neue Auszubildende und Beamtenanwärter/-innen eingestellt. Aktuell sind 55 Auszubildende beim Kreis Warendorf tätig. Alle Auszubildenden haben ihre Prüfungen mit zum Teil sehr guten Ergebnissen bestanden – und wir konnten allen ein Weiterbeschäftigungsangebot in Vollzeit machen. Die Bewerberzahlen für die Ausbildungsstellen sind seit mehreren Jahren konstant, nichtsdestotrotz werden die Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung zukünftig weiter intensiviert werden müssen.

Soweit meine Ausführungen zu den drei Schwerpunktbereichen, was die Aufwendungen des Kreishaushaltes anbelangt. Und wie bereits gesagt: In allen drei Bereichen verzeichnen wir deutliche Steigerungen! Ich möchte Ihnen das anhand einer Waage noch einmal deutlich machen – und dann auch zeigen, wie wir die Waage wieder ins Gleichgewicht bringen wollen.

Durch die angekündigte Steigerung der **LWL-Umlage** rechnen wir im Etatentwurf mit höheren Aufwendungen von **3,4 Millionen Euro**.

1. Unsere Personalkosten steigen insgesamt um **3,26 Millionen Euro** – ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass die zusätzlichen 13,5 Stellen im Stellenplan durch Mehreinnahmen an anderer Stelle refinanziert werden – unter dem Strich verbleiben **Personalkostensteigerungen von 2,1 Millionen Euro**
2. Beim Jobcenter kommen im nächsten Jahr **5,7 Millionen Euro** oben drauf. Dieser Betrag wird insbesondere durch Bundesmittel reduziert. **Es verbleiben ungedeckte Mehraufwendungen von 2,1 Millionen Euro im Kreisetat.**
3. Die **Pflegekosten** steigen um **1 Millionen Euro**.
4. Zudem rechnen wir mit weiteren ungedeckten Mehraufwendungen in Höhe von rund **1,1 Millionen Euro** – auch **und insbesondere im sozialen Bereich** wie z.B. bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen oder auch bei den Einheitslasten.

Zusammen sind das Mehraufwendungen von 9,7 Millionen Euro, für die wir – bislang zumindest – eine Deckung nur durch eine höhere Kreisumlage gesehen haben.

Schauen wir uns also die Ertragsseite an, die unsere Waage ins Lot bringen soll.

2014 – also im laufenden Haushaltsjahr – hatten wir noch **die Ausgleichsrücklage in Höhe von knapp 900.000 Euro** zur Verfügung. Und wir werden in diesem Jahr nach derzeitigem Stand **1,4 Millionen Euro aus unserer Allgemeinen Rücklage** einsetzen müssen, um das aktuelle Defizit auszugleichen.

Die Ausgleichsrücklage ist aufgezehrt – und eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ich auch nicht mehr drin.

Denn die Allgemeine Rücklage ist bereits auf rund 10 Millionen Euro zusammengeschrumpft. Der Regierungspräsident hat uns bereits in seiner letzten Haushaltsgenehmigung 2014 ins Stammbuch geschrieben, keinen weiteren Abbau mehr dort vorzunehmen.

Diese beiden Quellen stehen nicht mehr zur Verfügung!

Wie können wir also anders die ungedeckten Mehraufwendungen decken?

Meine Damen und Herren,

durch das Gemeindefinanzierungsgesetz werden die Schlüsselzuweisungen, die Investitions- und auch die Bildungspauschale an den Kreishaushalt festgesetzt. Und auch die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen werden dort bestimmt. Neben der eigenen Steuerkraft bilden sie die **Grundlage für die Berechnung der Kreisumlage** sind.

Der Landkreistag NRW hatte angeraten, die Steuerkraft und die Schlüsselzuweisungen deutlich vorsichtiger zu kalkulieren als im Entwurf des GFG. Und selbst SPD-Innenminister Jäger traute bei der Vorstellung der ersten Modellrechnung seinen eigenen Zahlen nicht und schloss Verschlechterungen nicht aus.

Als **vorsichtige Kaufleute** haben wir für die Eckdaten **einen Mittelwert für die Verteilmasse eingeplant**; dies wurde von keinem Fachmann beanstandet – auch nicht von den 13 Bürgermeistern.

Unter diesen Voraussetzungen mussten wir von einer Erhöhung von 2,1 Prozentpunkten Kreisumlage ausgehen.

Seit einer Woche gibt es jetzt eine neue Situation!

Die 2. Modellrechnung zum GfG liegt vor – es gibt mehr Geld vom Land!

Aber nicht deswegen, weil nun plötzlich doch das Steueraufkommen in NRW deutlich stärker gestiegen ist. **Grund ist insbesondere die relative wirtschaftliche Schwäche Nordrhein-Westfalens.**

Weil NRW vergleichsweise steuerschwach ist, fließt Geld u.a. aus Bayern und Baden-Württemberg zu uns. Im Rahmen des **LänderFinanzausgleichs** bekommt NRW 480 Millionen Euro mehr als man

bislang in Düsseldorf eingeplant hatte. Zudem gibt es rund 320 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln für das Land.

Für uns bedeutet das im Vergleich zum Eckdatenpapier:

- dass wir statt der erwarteten 600.000 Euro weniger **Schlüsselzuweisungen jetzt knapp 100.000 Euro mehr erwarten** dürfen.
- dass auch die Schlüsselzuweisungen unserer Kommunen steigen, und zwar um insgesamt gut **1 Million Euro. Damit steigen auch die Umlagegrundlagen und unser Mitnahmeeffekt.**
- dass wir aber auch rund **290.000 Euro mehr an den Landschaftsverband zahlen müssen** – denn auch der LWL profitiert vom Mitnahmeeffekt. Andererseits konnten wir feststellen, dass erstmals die vom Kreis zu zahlenden Leistungen für die Deutsche Einheit (ELAG) bei den Grundlagen zur Berechnung der LWL-Umlage abgezogen werden können. Das wiederum entlastet den Kreisetat.

Ich habe sofort auch öffentlich erklärt, dass wir all diese Verbesserungen im Kreishaushalt an unsere Kommunen weitergeben werden – gleiches erwarte ich natürlich auch vom LWL.

Zwischenzeitlich haben wir erfahren, dass das aktualisierte Eckdatenpapier des LWL dem Rechnung tragen und **eine um 0,1 Prozentpunkte geringere Erhöhung des Umlagesatzes** vorsehen wird.

Zudem rechnen wir fest mit einer noch weiteren Reduzierung des LWL-Umlagesatzes um 0,1 Prozentpunkte durch die Landschaftsversammlung. Hier kann sich ja auch Herr Koch als Mitglied

der Landschaftsversammlung ins Zeug legen. Denn anders als wir verfügt der LWL noch über mehr als 60 Mio. Euro Ausgleichsrücklage.

Kurzum – wir gehen davon aus, dass die LWL-Umlage nicht wie geplant um 0,6 Prozent sondern nur um 0,4 Prozentpunkte auf dann 16,7 % Punkte steigen wird.

Ich habe versprochen: Alle Verbesserungen werden 1:1 an die Kommunen weitergegeben. Und das tun wir auch!

Im Eckdatenpapier hatten wir noch eine Hebesatzerhöhung um 2,1 % Punkte angekündigt – jetzt werden es 0,5%Punkte weniger sein.

Dies wird insgesamt möglich durch verschiedene Effekte - insbesondere die erwartete Reduzierung des LWL-Hebesatzes, der Abzug unserer ELAG-Leistungen gegenüber dem LWL und natürlich auch unsere eigenen erhöhten Schlüsselzuweisungen.

Und so sieht unsere Waage jetzt aus:

Die durch die Kreisumlage zu deckenden Mehraufwendungen reduzieren sich 2015 auf 8,5 Millionen Euro.

Die Zahllast an Allgemeiner Kreisumlage für unsere Städte und Gemeinden verringert sich gegenüber dem Eckdatenpapier um 1,2 Millionen Euro!

Meine Damen und Herren,

wir konnten diese neuen Zahlen noch nicht in den Haushaltsplanentwurf einfügen, den wir Ihnen gleich aushändigen werden. Sie kommen alle auf eine Veränderungsliste zum Haushalt, die dann mit im Dezember verabschiedet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch bei diesen nicht leichten Rahmenbedingungen ist es wichtig und richtig, dass der Kreis seine Politik der Nachhaltigkeit fortsetzt.

Wir werden den Kapitalstock für künftige Pensionslasten auch im nächsten Jahr erhöhen. Und wir werden weiter Schulden abbauen.

Die Bürgermeister haben eine Umverteilung hin zu mehr Schuldenabbau und weniger Geld in den Kapitalstock für Pensionen angeregt.

Wir sind da ganz offen – ich denke, dass diese Frage von Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgegriffen wird.

Ich möchte aber noch einmal deutlich machen: Gerade der Schuldenabbau liegt mir sehr am Herzen. Seit meinem Amtsantritt vor acht Jahren haben wir den Schuldenstand um 14 Millionen Euro auf 23 Millionen Euro reduziert.

In 2006 lag die Zinslast noch bei 1,8 Millionen Euro – in diesem Jahr liegt sie bei unter einer Million Euro! Das sind über 800.000 Euro, die nicht über die Kreisumlage aufgebracht werden müssen. Ohne den Schuldenabbau wäre der Kreisumlagehebesatz um mindestens 0,2 Prozentpunkte höher!

Das ist nicht nur gut für künftige Generationen – das entlastet auch heute schon unsere Gemeinden!

Jugendamt

Das Jugendamtsbudget stellt einen separaten Finanzierungskreislauf dar. Der Aufwand wird also nicht durch die Allgemeine Kreisumlage finanziert, sondern über eine eigene Jugendamtsumlage.

Für zehn Kommunen nimmt der Kreis die Jugendamtsaufgaben wahr – Ahlen, Beckum und Oelde haben ein eigenes Jugendamt, zahlen also an uns keine Jugendamtsumlage.

Über mehrere Jahre hatten sich durch zu viel gezahlte Jugendamtsumlage Überschüsse angesammelt. Die wurden dann ebenfalls über mehrere Jahre wieder abgebaut.

Im Jahr 2013 hatten wir aber unerwartet ein kumuliertes Defizit von rund 775.000 Euro. Dieses Defizit sollte 2015 wieder ausgeglichen werden – notfalls über eine Erhöhung der Jugendamtsumlage.

Im Eckdatenpapier hatte ich ausgeführt, dass wir im laufenden Haushaltsjahr versuchen werden, dieses entstandene Defizit möglichst weitgehend zu reduzieren.

Dennoch hatten wir für 2015 eine Anhebung der Jugendamtsumlage um 0,3 Prozentpunkte angekündigt. **Aktuell sieht es aber so aus, dass wir die Jugendamtsumlage stabil halten und nicht erhöhen müssen!**

Gründe sind **zum einen** die bereits angesprochenen **gestiegenen Umlagegrundlagen**, die uns auch bei der Jugendamtsumlage einen Mitnahmeeffekt bescheren.

Zudem werden wir unsere Ansätze 2015 voraussichtlich noch leicht verbessern können u.a. durch höhere Kostenerstattungen.

Erfreulich ist auch, dass eine Maßnahme aus unserem Konsolidierungspaket 2011 immer besser greift – nämlich die Buchung eines festen Kontingents für die Heimunterbringung im St. Klara-Kinderheim. Bis zur Verabschiedung des Haushalts im Dezember haben wir Klarheit.

Das ist eine gute Nachricht, die in unseren zehn Jugendamtsgemeinden sicher gern zur Kenntnis genommen wird!

Es zeigt sich, dass auch in unserem Kreisjugendamt die Vokabeln „Sparen und Wirtschaftlichkeit“ keine Fremdworte sind. Bemerkenswert ist zudem, dass wir 2015 unsere Umlage stabil halten können während in anderen Kreisen deutliche Erhöhungen anstehen. Und dabei leisten wir im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gute Arbeit, die überregional Anerkennung und Beachtung findet!

Erst kürzlich hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bei einer Veranstaltung in Oberhausen die erfolgreiche Präventionsarbeit im Kreis Warendorf gelobt. Wir sind seit gut zwei Jahren beim landesweiten Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ als Vorzeige-Modellregion dabei.

In Oberhausen fanden insbesondere unsere 15 Standorte des Projektes Café Kinderwagen großen Anklang. Diese Cafés bilden aber nur einen Baustein in der Präventionskette im Kreis. Die Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz, das Übergangskonzept von der Kita zur Grundschule, das OGS-Kooperationskonzept und die vielen weiteren Maßnahmen an anderer Stelle gehören dazu.

Frau Kraft war so angetan davon, dass Sie uns Anfang nächsten Jahres besuchen will, um sich vor Ort zu informieren. Wir freuen uns schon darauf – es ist eine tolle Anerkennung für die gute Arbeit, die Herr Rüting mit seinem Team hier leistet.

Auch der Ausbau der U 3 Betreuung geht voran – zum Stichtag 1.8.2015 werden wir 1632 Plätze haben – dies entspricht einer Versorgungsquote von 47,4 Prozent.

Wer im Kreis Warendorf einen U 3 Platz braucht, bekommt ihn auch! Jetzt geht es darum, die Qualität der Betreuung zu verbes-

uern. Hier arbeiten wir federführend an einem Projekt auf Münsterlandebene mit.

Dieser U 3 Ausbau ist politisch gewollt – auch unsere Gemeinden wollten den Ausbau und eine gute Versorgung. Jeder weiß, dass das Geld kostet – insofern ist die Kritik der Bürgermeister beim Thema Jugendamt absolut unverständlich.

Zumindest erwähnen möchte ich auch unsere Arbeit bei der Auszahlung des Elterngeldes und des Betreuungsgeldes. Die Auszahlungen – immerhin 15,6 Millionen Euro Elterngeld und zwei Millionen Euro Betreuungsgeld – erfolgen direkt über die Bundeskasse Trier und erscheinen nicht im Haushaltsplan des Kreises.

In diesem Jahr werden wir rund 3100 Anträge auf Elterngeld und 1550 Anträge für das Betreuungsgeld bewilligen. Die Personalkosten für die Auszahlung des Elterngeldes werden vom Land erstattet – beim Betreuungsgeld fehlt die Refinanzierung, obwohl es sich um eine reine Bundesaufgabe handelt. Ein typisches Beispiel dafür, wie uns immer wieder neue Aufgaben übertragen werden, ohne das Konnexitätsprinzip zu beachten.

Meine Damen und Herren,

ich möchte jetzt gern auf die zahlreichen sonstigen Aufgaben und Projekte eingehen, mit denen wir uns im kommenden Jahr beschäftigen werden. Denn auch dafür schafft der Kreishaushalt 2015 Gestaltungsmöglichkeiten.

Den großen Rahmen für alle diese Aufgaben, Ziele und konkreten Projekte bildet unser Kreisentwicklungsprogramm, das wir im letzten Jahr einstimmig verabschiedet haben.

Es ist für uns ein Kompass für unsere Zukunftsgestaltung!

Wir haben dort für vier große Zukunftsthemen jeweils Ziele und zentrale Projekte definiert.

Vieles findet sich im kommenden Jahr bereits im Haushalt wieder! Auf einige Schwerpunkte bei den vier Zukunftsthemen möchte ich gern kurz eingehen.

Zukunftsthema Wirtschaft und Arbeit

Unsere **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung** leistet gute Arbeit.

Unsere Fachhochschule am Studienort Beckum ist ein Renner – aktuell sind **130 Studenten im Studiengang Maschinenbau** eingeschrieben. Über 420.000 € haben der Kreis Warendorf und die FH Münster gemeinsam in das Berufskolleg Beckum investiert, um diese Studienplätze räumlich und technisch auf Fachhochschulniveau zu bringen.

Zurzeit bereitet die gfw mit Unterstützung der Sparkassen im Kreis Warendorf eine **Image- bzw. Marketing-Kampagne** für den Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf vor. Wir müssen unseren Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf im Wettbewerb mit den anderen Regionen noch besser darstellen und platzieren.

Dazu wird auch der „**Willkommens Service Kreis WAF**“ beitragen, den wir für unsere Unternehmen jetzt neu ins Leben gerufen haben.

Straßenausbau

Wichtig für die Wirtschaft ist auch eine gute **verkehrliche Erschließung**. Allein für die Substanzerhaltung unserer 366 Kilometer Kreisstraßen müssten wir eigentlich jedes Jahr Millionenbeträge im Ergebnisplan vorsehen - im nächsten Jahr haben wir gerade mal 350.000 Euro für die Straßenunterhaltung eingeplant. Auch hier sparen und strecken wir nach Kräften. Und konzentrieren uns auf große investive Einzelmaßnahmen, für die es noch Zuschüsse gibt!

Die K 13 als größte Einzelinvestitionsmaßnahme 2015 ist dafür ein Beispiel – die Straße ist in einem katastrophalen Zustand.

Umso mehr freue ich mich, dass Bauausschuss und Kreisausschuss vor wenigen Minuten grünes Licht zum Ausbau gegeben haben. Die Gesamtkosten liegen bei rund 5,3 Millionen Euro.

Die Kreisstraße verbindet Oelde und Rheda-Wiedenbrück und erschließt auch das große interkommunale Gewerbegebiet Aurea.

Die Fahrbahn wird auf 7 Meter verbreitert – außerdem soll ein straßenbegleitender Radweg und ein neuer Kreisverkehr gebaut werden. Zudem müssen dort die beiden Brücken über den Axtbach und die Bahnstrecke Hamm-Hannover erneuert werden.

FMO

Ich hatte Ihnen ja schon im Kreisausschuss dargelegt, dass der FMO Geld zum Abbau seiner Schulden braucht. Diese sind dadurch entstanden, dass das rund 70 Millionen Euro teure Terminal ohne finanzielle Unterstützung der Gesellschafter vom FMO selbst finanziert wurde.

Der Kreis Warendorf ist lediglich mit 2,43% am Stammkapital des FMO beteiligt. Diskutiert werden zurzeit noch verschiedene Varianten, wie der Schuldenabbau über eine Mischung von Gesellschafterdarlehen und Eigenkapitalzuführungen umgesetzt werden soll.

Die Hauptgesellschafter Stadtwerke Münster, Kreis Steinfurt und Stadtwerke Osnabrück werden da ein gewichtiges Wort mitsprechen.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen werde ich Sie über die aktuelle Entwicklung informieren – für 2015 ist bislang ein Gesellschafterdarlehn in Höhe von insgesamt 16,8 Millionen Euro im Gespräch – auf uns entfallen davon 410.000 Euro, die wir in den Haushalt eingestellt haben. Ein solches Darlehn belastet nicht die Kreisumlage.

Eins ist aber klar: Die Bereitstellung von Verkehrs-Infrastruktur kostet Geld. Umfangreiche Aufwendungen für den Bus- und Schienenverkehr in unserem Kreis haben wir bereits seit vielen Jahren im Haushalt. Und das in Millionenhöhe!

Andere vergleichbare Flughäfen schreiben seit vielen Jahren viel höhere Verluste, die von den Gesellschaftern übernommen wurden.

Zwischen 2005 und 2013 waren es beim Flughafen Dortmund 188 Millionen Euro - beim Flughafen Leipzig sogar 531 Millionen Euro!

In diesem Zeitraum haben die Gesellschafter des FMO keine Verlustübernahmen tätigen müssen. Wir haben lediglich mit rund 27 Millionen Euro das Eigenkapital des FMO gestärkt.

Der Flughafen Münster Osnabrück ist wichtig für die Wirtschaft in unserer Region! Rund 3.500 Arbeitsplätze sind in der Region vom FMO abhängig – das Steueraufkommen durch den FMO ist um ein vielfaches höher als die Verluste.

Wir stehen auch schwieriger Zeit zu unserem FMO!

Zukunftsthema Bildung und Wissenschaft

Auch im Bereich Bildung und Wissenschaft formuliert unser Kreisentwicklungsprogramm zahlreiche Ziele, denen wir uns 2015 widmen werden.

Sprache als Schlüssel

Im Kommunalen Integrationszentrum werden wir unsere Angebote zur durchgängigen Sprachbildung auch 2015 ausweiten. Neben FIT für den Elementar- und Primarbereich nehmen die schulformübergreifende Projekte Sprachschätze, Mercator und neuerdings auch der Einsatz von Sprachhelfern für neuzugewanderte Schüler eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der durchgängigen Sprachbildung ein.

Inklusion

Auch das Thema Inklusion beschäftigt uns in vielfältiger Weise.

Der Inklusionsplan für den Kreis Warendorf wurde vor einem guten Jahr (12.07.2013) durch den Kreistag verabschiedet.

Im letzten Monat haben wir erstmals in den Fachausschüssen über den Umsetzungsstand berichtet. Es lässt sich festhalten: Sehr viele Handlungsempfehlungen wurden bereits angepackt.

Inklusion ist richtig und wichtig – aber sie darf nicht von oben im Eiltempo verordnet werden, ohne die entsprechenden Rahmenvorgaben und das erforderliche Geld zur Umsetzung mitzuliefern. Und bei der schulischen Inklusion muss der Elternwille Beachtung finden.

Eine Folge der Inklusion ist auch, dass einige Förderschulen vor dem Aus stehen. Das Schicksal drohte auch unserer Regenbogenschule, einer Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung. Wir konnten aber Mitte des Jahres mit dem Kreis Coesfeld als Träger der Astrid Lindgren Schule, einer vergleichbaren Förderschule, eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Der Kreis Coesfeld wird ab dem nächsten Schuljahr 2015/16 formal die Schulträgerschaft übernehmen – die Regenbogenschule in Ahlen bleibt als Teilstandort der neu gebildeten Schule erhalten. Der Kreis Warendorf verpflichtet sich, weiterhin Mitverantwortung für den Betrieb der Regenbogenschule zu übernehmen.

Die Kooperation sichert nicht nur den Bestand der Regenbogenschule. Sie ist zudem ein Beispiel dafür, dass wir im Münsterland zusammenstehen und uns gegenseitig unterstützen!

Zukunftsthema Klimaschutz und Umwelt

Seit vielen Jahren ist auch die Klimaschutzarbeit beim Kreis Warendorf fest verankert – hier wird keine heiße Luft, sondern bessere Luft produziert!

Für uns sind Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit die zwei Seiten derselben Medaille. Im letzten Jahr lagen unsere Energiekosten aller Kreisliegenschaften trotz drastisch gestiegener Preise noch fast 10 % unter den Kosten von 1992! Hier zeigt sich die hohe ökonomische Bedeutung eines effizienten Energiemanagements!

2013 wurde der Kreis für seine Anstrengungen mit dem European Energy Award in Gold ausgezeichnet – mit dem bundesweit besten Ergebnis! Durch viele Projekte im Themenfeld Klimaschutz und

Umwelt unseres Kreisentwicklungsprogramms WAF 2030 wird dieser erfolgreiche Weg fortgesetzt.

Deutlich sichtbares Zeichen waren im September dieses Jahres die Klimaschutzwochen im Kreis Warendorf, die wir erstmals zusammen mit unseren Städten und Gemeinden organisiert haben. Es gab 77 Veranstaltungen - es war ein großer Erfolg.

Im kommenden Jahr liegt unser besonderer Fokus beim Projekt ALTBAUNEU. Ziel ist es, Eigenheimbesitzer zu Sanierungsmaßnahmen zu motivieren, aufzuklären und fachliche Unterstützung zu bieten.

Außerdem geht der Kreis mit Sanierungsarbeiten am Berufskolleg Ahlen weiter beispielhaft voran und profitiert dabei von einer Bundesförderung in Höhe von bis zu 250.000 Euro, die ca. 50 % der Kosten decken.

Möglich wird dies durch die Umsetzung des 2011 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes und die Einstellung eines Klimaschutzmanagers. Den Zuschuss erhalten wir nämlich nur, wenn wir einen Klimaschutzmanager beschäftigen!

Zukunftsthema Familienfreundlichkeit & Lebensqualität

Auch in diesem sehr breiten Handlungsfeld werden wir unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen und hier und da neue Akzente setzen.

Mit ganz oben auf der Rangliste der Handlungsbedarfe im Bereich „Familienfreundlichkeit“ stehen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

Und da stehen wir als Kreis Warendorf bereits heute sehr gut dar!

Ich erinnere an die guten Betreuungsangebote für unsere Kinder – gleiches gilt auch für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Kreisverwaltung selbst hat in diesem Jahr erfolgreich am Erneuerungsverfahren für das Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ teilgenommen. Im letzten Kreisausschuss hat die Prüferin Frau Laudage von der Bertelsmann Stiftung sehr positiv darüber berichtet.

Zur Lebensqualität gehört auch ein **attraktives Kulturelles- und Freizeitangebot.**

Auf unsere Musikschule, das Kulturgut Haus Nottbeck und unsere Museen in Liesborn und Telgte sind wir zu Recht stolz – sie werden überregional geschätzt.

Gleiches gilt für die Reit- und Radwege – die Regionale Reitroute im Münsterland und auch der Emsradweg, die 100 Schlösser Route und der Werseradweg sind touristische Markenzeichen.

Das kostet Geld– aber es ist Geld, das in die Lebensqualität in unserem Kreis fließt. Und gerade dieser Standortfaktor wird immer bedeutender.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor für Lebensqualität ist auch die **Sicherheit.**

Im Kreis kann man sicher leben – die Gefahr, hier Opfer einer Straftat zu werden, ist deutlich geringer als im übrigen Land. Der Kreis gehört zu den sichersten in NRW.

Zur Frage der Sicherheit gehört aber auch, dass man dann schnell Hilfe bekommt, wenn man sie braucht. Der neue Rettungsbedarfsplan sorgt dafür, dass ohnehin die schon gute Qualität in diesem Be-

reich noch weiter verbessert wird. In Telgte zum Beispiel wird im kommenden Jahr die neue Feuer- und Rettungswache fertig gestellt.

Auch unsere Leitstelle muss erweitert werden. Dafür werde ich Ihnen im nächsten Jahr Vorschläge auf den Tisch legen. Für 2015 haben wir Planungskosten von 50.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Lebensqualität wird auch durch ein umfangreiches bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Die Förderung und die öffentliche Anerkennung des Ehrenamtes ist daher ebenfalls eine Aufgabe, der wir uns als Kreis verpflichtet fühlen.

Wir tun das u.a. jedes Jahr schon traditionell bei unserem Sommerfest auf Nottbeck. Im kommenden Jahr wollen wir unser Sommerfest unter das Motto „40 Jahre Kreis Warendorf“ stellen.

Auch mit Blick auf die angespannte Haushaltslage werden wir aber ganz bewusst auf eine separate Geburtstagsfeier verzichten.

Stattdessen möchten wir Menschen zu unserem Sommerfest einladen, die in den vergangenen 40 Jahren im Ehrenamt mitgeholfen haben, den Kreis Warendorf zu dem zu machen, wie er heute ist.

Nämlich: lebens- und liebenswert!

Meine Damen und Herren,

das waren meine Ausführungen zum Kreishaushalt 2015.

Ich darf noch einmal zusammenfassen:

Der Kreishaushalt 2015 bringt Kostensteigerungen.

Ursächlich dafür sind nicht mangelnder Sparwille oder zu viel Personal!

Hauptursächlich sind vielmehr:

- eine höhere Landschaftsumlage wegen der steigenden Kosten der Behindertenhilfe
- höhere Personalkosten aufgrund der Tarif- und Besoldungserhöhung
- steigende Sozialaufwendungen vor allem wegen der demografischen Entwicklung
- und nicht zuletzt die nicht mehr vorhandene Ausgleichsrücklage, mit der wir unseren Kommunen in den letzten Jahren noch helfen konnten.

Diese Entwicklung kann die kommunale Familie allein nicht bewältigen. Gegen Kostensteigerungen von deutlich über acht Millionen Euro im Kreishaushalt können wir nicht ansparen. Hier sind Bund und Land gefordert, die uns immer neue Aufgaben übertragen, ohne die nötige Finanzausstattung mitzuliefern.

Vor diesem Hintergrund ist der Kreishaushalt 2015 mit seinen Eckdaten zu sehen:

- **Die bislang vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage kann um 0,5 %Punkte abgemildert werden – das bedeutet rund 1,2 Millionen Euro weniger Belastung für die Gemeinden (neu 37,6%)**
- **Die Jugendamtsumlage bleibt bei 18,1%Punkte stabil und muss nicht erhöht werden – gegenüber den Eckdaten entlastet dies die Jugendamtskommunen um rund 400.000 Euro.**

Zusammen also eine Entlastung gegenüber den Eckdaten von rund 1,6 Millionen Euro! Alles in allem also Lichtblicke in finanziell schwieriger Zeit!

Vielen Dank an Kreiskämmerer Dr. Funke, an Dr. Seidel und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmererei, die das Zahlenwerk in den letzten Wochen und Monaten zusammengestellt haben.

Ich wünsche Ihnen eine gute Beratung.